Von Versöhnung nichts zu spüren

Vor vier Jahren vereinbarten Regierung und Farc-Guerilla in Kolumbien einen Friedensvertrag. Doch in vielen Regionen ist die Gewalt wieder Alltag. Aktivisten werden ermordet. Die Corona-Pandemie verschlimmert die Lage

Von Alexandra Endres

Jani Silva liebt das Leben auf dem kolumbianischen Land: Die Freude, Tomaten und Bohnen selbst zu pflanzen. Die Aufregung, selbst zu fischen und zu hoffen, dass einer anbeißt. Die Schönheit des Putumayo-Flusses, an dem ihr Haus steht. So erzählte sie es einer Beobachterin der Friedensorganisation *peace brigades international* (pbi) im September. »Natürlich gibt es auf dem Land viele Mängel«, sagte Silva, »aber die Lebensqualität ist ganz anders als in der Stadt.«

Noch mehr als auf dem Land zu leben liebt Silva aber ihr Leben selbst. Weil sie Todesdrohungen erhielt, verließen die Umweltaktivistin und ihr Mann Hugo Miramar vor drei Jahren ihr Heim am Fluss. Seither leben die beiden in der Provinzstadt Puerto Asís, »weit weg von ihrem Land, ihren Pflanzen und ihrer Gemeinschaft«.

Die Drohungen aber hörten nicht auf. Die Behörden stellten Silva zwar ein Auto zur Verfügung und zwei Personenschützer zur Seite, doch selbst das mindere die Lebensgefahr nicht, in der die Aktivistin schwebe, berichtet *Amnesty International*.

So wie Jani Silva und Hugo Miramar ergeht es in Kolumbien vielen Menschen, die sich für den Umweltschutz engagieren, für die Rechte der Landbevölkerung oder anderer marginalisierter Gruppen, gegen den Koka-Anbau und für den Frieden. Zwar befindet sich das Land offiziell seit vier Jahren in einem Friedensprozess, doch von Versöhnung ist vielerorts nichts zu spüren.

»Der bewaffnete Konflikt ist in Kolumbien eine Realität«, sagt Erika Guevara Rosas, Amnesty-International-Direktorin für den amerikanischen Kontinent, vor allem für die Menschen, die auf dem Land lebten und in Regionen, die reich an natürlichen Ressourcen oder strategisch günstig gelegen seien. Seit dem Friedensschluss habe sich die Lage noch verschlechtert, sagt Guevara Rosas. Jani Silva kann das bestätigen. Und durch die Corona-Pandemie ist die Situation der *líderes sociales*, wie die Graswurzelaktivisten in Kolumbien genannt werden, noch schlimmer geworden.

Silva geriet ins Visier der Mörder, weil sie sich für den Friedensprozess einsetzt, die Interessen der Campesinos vertritt und die Umweltschäden anprangert, die Erdölfirmen in ihrer Heimat verursachen. Jetzt lebt sie in ständiger Gefahr, doch immerhin: Sie lebt. Viele andere aber wurden im Departement Putumayo, das so heißt wie der Fluss, an dem Silvas Haus steht, wegen ihres Engagements schon umgebracht.

Zum Beispiel Gloria Ocampo. Die 37-Jährige setzte sich dafür ein, dass die Bauern des Putumayo die Chance erhalten, ihren Lebensunterhalt mit legalem Ackerbau zu bestreiten statt mit illegalen Koka-Pflanzungen. Im Januar wurde sie in ihrem Haus erschossen. Oder Marcos Rivadeneira. Drei bewaffnete Männer holten ihn aus einer Besprechung und brachten ihn um. Die Drogenmafia zögert nicht, die aus dem Weg zu räumen, die ihre Geschäfte stören – auch, um mit den Morden Terror unter den Überlebenden zu verbreiten. Das Kalkül: Niemand soll sich mehr trauen, den Banden in die Quere zu kommen.

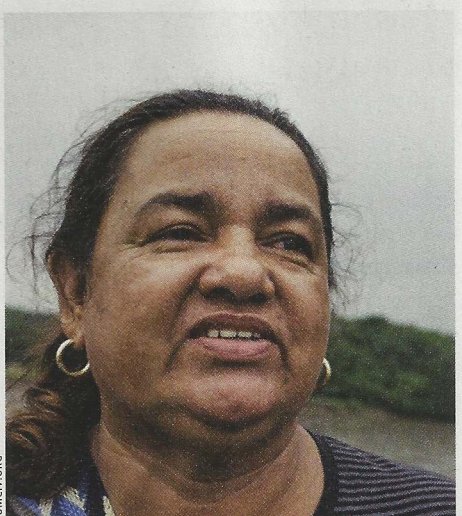

FOTO: WWW.FORUMCIV.ORG

Im Visier von Todesschwadronen: Jani Silva

Zwar ist der Putumayo ein besonders gefährliches Gebiet für die líderes sociales, doch die Zahl der Morde steigt überall in Kolumbien, und zwar »in alarmierender Geschwindigkeit«, wie die Beobachter der *International Crisis Group* in einem neuen Report schreiben. Und sie steigt nicht trotz des Friedensprozesses – sondern gerade seinetwegen. Wer die Mörder sind, ist oft schwer zu sagen: ehemalige Paramilitärs, Farc-Guerillagruppen, die sich dem Friedensprozess verweigern und ihre Waffen nicht abgegeben haben, Drogenbanden – manchmal eine Mischung aus all dem. In der Regel werden die Täter nicht gefasst.

Die Zahl der Morde steigt

Da sich nicht in jedem Fall zweifelsfrei feststellen lässt, ob jemand in Kolumbien wegen seines sozialen Engagements umgebracht wurde oder aus anderen Motiven, schwankt die Zahl der ermordeten líderes sociales je nach Quelle. Hoch ist sie aber immer. Die Organisation *Global Witness* zählte bereits 2019 in Kolumbien 64 ermordete Umweltaktivisten, so viele wie in keinem anderen Land. Dem UN-Menschenrechtskommissariat in Kolumbien wurden im laufenden Jahr 113 Mordfälle gemeldet. Es geht laut kolumbianischen Medien davon aus, dass sie nur stellvertretend stehen für »ein ganzes Universum« von weiteren Morden an Aktivistinnen und Aktivisten im Land. Das auf Friedens- und Konfliktforschung spezialisierte Institut *Indepaz* mit Sitz in Bogotá bis Ende November 2020 schon 259 ermordete líderes sociales registriert, dazu zehn ermordete Angehörige und 58 ermordete Ex-Guerilleros der Farc. Sie hatten nach dem Friedensschluss ihre Waffen niedergelegt. Ihre Hoffnung auf ein Leben in Frieden erfüllte sich nicht.

Die International Crisis Group geht davon aus, dass seit dem Friedensschluss des Jahres 2016 mindestens 415 Aktivisten und Aktivistinnen umgebracht wurden. Auch

»Nos estan masacrando – wir werden abgeschlachtet«: Demonstranten in der Hauptstadt Bogotá nach dem Tod von Javier Ordoñez in Polizeigewahrsam

sonst habe die Gewalt im Land zuletzt wieder zugenommen, sagen die Crisis-Group-Fachleute: So steige die Zahl der Massaker – in Kolumbien definiert als Mord an mehr als drei Personen – ebenfalls wieder an.

Dahinter steckt paradoxerweise gerade der Rückzug der Farc-Guerilla aus den von ihr früher beherrschten Gebieten. Mehr als 10 000 ihrer Kämpferinnen und Kämpfer haben nach 2016 ihre Waffen niedergelegt und ihre Territorien geräumt. Jetzt kämpfen dort andere bewaffnete Gruppen darum, »die illegalen Aktivitäten und die Gemeinden« zu kontrollieren, wie Crisis-Group-Expertin Beth Dickinson schreibt. Ziel sei es, »den Friedensvertrag aus dem Jahr 2016 zu sabotieren und die darin versprochenen Wirtschaftsreformen für den ländlichen Raum«, denn die könnten ihre illegalen Geschäfte gefährden.

Die Morde an Gloria Ocampo und Marcos Rivadeneira zeigen, was das für die Menschen in den umkämpften Regionen bedeutet. Auch für die Anwohner, die sich nicht politisch engagieren, ist der Alltag dort heute oft unsicherer als vor dem Friedensvertrag. Damals waren die Herrschaftsverhältnisse oft klarer, und das bedeutete eben auch: klarere Regeln. Heute aber ist die Lage für die Menschen oft undurchschaubar. Zudem wird die Gewalt von den konkurrierenden Gruppen im Kampf um die Herrschaft häufig bewusst eingesetzt, um die Bevölkerung einzuschüchtern und auf ihre Seite zu zwingen.

Der Frieden wird sabotiert

Beth Dickinson berichtet, dass sich die Lage im laufenden Jahr durch die Corona-Ausgangssperren noch verschärft habe. In ganz Kolumbien herrschte vom 25. März bis zum 1. September ein striktes Ausgangsverbot – für die bewaffneten Gruppen war es eine gute Gelegenheit, die Herrschaft über die von ihnen beanspruchten Gebiete weiter zu festigen.

Der Staat scheint kaum etwas zur Befriedung beizutragen, im Gegenteil: Er übe zuweilen selbst »exzessive Gewalt« aus, sagt Amnesty-Direktorin Guevara Rosas. Zum Beispiel im September, als in Kolumbiens Hauptstadt Bogotá der 46-jährige Javier Ordoñez in Polizeigewahrsam starb. Angeblich hatte Ordoñez die Ausgangssperre missachtet; er soll an Kopfverletzungen gestorben sein. Nach seinem Tod kam es in Bogotá und anderen Städten tagelang zu Protesten. Polizisten schossen auf Demonstrierende, Berichten zufolge entgegen der ausdrücklichen Anweisung von Bogotás Bürgermeisterin Claudia López. Offenbar fühlten sie sich an die Anordnung einer zivilen Behörde nicht gebunden, denn in Kolumbien untersteht die Polizei dem Verteidigungsministerium. In den staatlichen Institutionen scheint man Kritiker häufig als Feinde anzusehen, die man bekämpfen darf, sagen Experten.

Zugleich ist es in Kolumbien Alltag, dass bestimmte wirtschaftliche Interessen auch gewaltsam gegen Kritiker durchgesetzt werden – und gegen Kritikerinnen wie Jani Silva. Sie sagt, sie fühle sich von der Politik alleingelassen. In rund achtzig Prozent ihrer Heimatregion sei die Erdölexploration und -förderung erlaubt. »Die Leute, die das betreiben, kommen von auswärts.« Die Menschen des Putumayo aber hätten davon nichts. »Wir haben der Politik immer wieder Vorschläge unterbreitet«, sagt Silva, »für eine Entwicklung, die die Campesinos und die Umweltschützer in den Mittelpunkt stellt. Aber das wird nicht akzeptiert.« ◆

Alexandra Endres ist freie Journalistin und lebt in Hamburg.